

Biel, 10. März 2006



Postfach / Case postale 665
2501 Biel / Bienne

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
des Kantons Bern
Herrn Regierungsrat Werner Luginbühl
Münstergasse 2
3011 Bern

Vernehmlassung „Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit“

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir im Rahmen der Vernehmlassung zur „Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit“ SARZ wie folgt Stellung:

Grundsätzliche Bemerkungen:

Der **Handlungsbedarf** bei der Lösung aktueller und anstehender Probleme der Agglomerationen (Verkehr, Siedlung, Planung, Soziales, Infrastruktur, Kultur etc) ist gross. Daher unterstützen die Grünen Biel Verbesserungen gegenüber dem Ist-Zustand und begrüssen die schweizweit bedeutensamen Bemühungen des Kantons. Bei der vorliegenden Strategie besteht aber in verschiedenen Punkten **grosse Skepsis und auch klare Ablehnung**.

Perimeter: Für die **Agglomeration Biel/Bienne soll nur eine Regionalkonferenz** geschaffen werden. Der Vorschlag mit zwei Regionalkonferenzen „Jura bernois“ und „Biel/Bienne-Seeland“ widerspricht den Zielen, die Zusammenarbeit in den Agglomerationen zu vereinfachen und unter eine politische Gesamtstrategie zu stellen. Unabhängig davon, welche Variante gewählt wird, sind die **Perimeter zu weit gefasst**. Es werden damit zu viele Gemeinden mit einbezogen werden, die nicht oder kaum von den Agglomerationsproblemen betroffen sind. Es besteht die Gefahr, dass damit der Wirtschafts- und Entwicklungsmotor der Region Jura bernois-Biel/Bienne-Seeland durch periphere Interessen gebremst wird.

Stimmkraft der Regionalkonferenz: Verschärft wird die Problematik durch die vorgeschlagenen **Stimmengewichtung**, welche in höchstem Masse ungleich sind. Die einfache Stimmenmehrheit in der Regionalkonferenz (beide Varianten) erreichen bereits jene Gemeinden, die lediglich einen Viertel der Agglomerationsbevölkerung zählen. Die Stimmengewichtung führt wegen der Kleinstgemeinden im Seeland und im Jura bernois mit weniger als 100 EinwohnerInnen zu solch absurden Ungleichheiten, dass einE EinwohnerIn in Meienried mit dem gleichen Stimmengewicht vertreten ist, wie 70 BielerInnen. In der Variante Jura bernois-Biel/Bienne-Seeland wiegt eine Person aus der Gemeinde Monible sogar 114 BielerInnen auf. Zum Vergleich: beim Ständemehr auf eidgenössischer Ebene wiegt eine Person aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden rund 30 ZürcherInnen

auf. Dabei ist das Ständemehr nicht einmal „massvoll“ nach der EinwohnerInnenzahl gewichtet, wie dies in der Strategie vorgeschlagen wird, sondern es gilt ein Kanton – eine Stimme. Eine **lineare Abstufung bei der Verteilung der Stimmkraft**, wie sie weiter unten für den Art. 148 GG vorgeschlagen wird, vermag diese Diskrepanz etwas zu verringern.

Volksrechte: Unverständlich ist, warum die Quoten für Initiativen und Referenden bedeutend höher sind als auf kantonaler Ebene. Soll in den Agglomerationen durch eine lebendige Demokratie das regionale Bewusstsein gestärkt werden, dann müssten die institutionellen Hürden eigentlich tiefer und nicht höher gesetzt werden. Die Grünen Biel stellen deshalb den Antrag, in **Art. 150/151 GG höchstens analoge Erfordernisse wie in der Kantonsverfassung** aufzustellen. Initiativen und Referenden sollen zudem wie auf eidgenössischer Ebene geregelt werden. Die Grünen Biel lehnen das doppelte Mehr (Stimmberechtigte und Gemeinden) bei Referenden entschieden ab, da auch dies zu einer starken und nicht sachgerechten Übergewichtung der Kleinstgemeinden führen könnte.

Mitsprache der kommunalen Parlamente: Die Grünen Biel sind sich bewusst, dass gebundene Mandate die Entscheidungsfindung in der Regionalkonferenz erschweren oder gar blockieren können. Dennoch **sollen die kommunalen Parlamente aktiv an der Politik in der Agglomeration teilnehmen** können. Möglichkeiten dazu sind Behördenreferenden und –initiativen und der Parolenfassung bei regionalen Abstimmungen, weshalb an den direktdemokratischen Instrumenten unbedingt festzuhalten ist. Die Behandlung der Geschäfte der Regionalkonferenz in den Gemeindeparlamenten schafft Öffentlichkeit und verbessert die Transparenz. Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeinderäte die Parlamente informieren und vor allem, dass regionale Vorlagen in den Parlamenten behandelt werden.

Zur Umsetzungsvorlage im Einzelnen:

Teilrevision des Gemeindegesetzes

- Art. 146 **Mandatierung / Informationspflicht**
neu 4. Der Gemeinderat bzw. das Gemeindepräsidium ist zur Berichterstattung gegenüber der Gemeinde bzw. dem Gemeindeparlament verpflichtet.
Geschäfte der Regionalkonferenz sollen in der Gemeinde bzw. im Gemeindeparlament behandelt werden.
- Art. 148 **Stimmkraft**
Ablehnung der vorgeschlagenen Abstufung der Stimmkraft der Gemeinden. Grüne Biel schlagen stattdessen folgende lineare Abstufung vor:
Kategorien 1-3 unverändert
pro weitere 2'000 Einwohnerinnen oder Einwohner zusätzlich 1 Stimme
- Art. 150/151 **Referenden / Initiativen**
Die Ansetzung der Hürde von 5% der Stimmberechtigten bei Volksinitiativen ist zu hoch. Es ist eine Regelung **höchstens analog der diesbezüglichen Bestimmungen in der Kantonsverfassung** anzustreben.
Art. 150²: Die Gemeindeparlamente sollen auch unabhängig vom Gemeinderat die Teilnahme an Behördenreferenden beschliessen können
- Art. 152 Die Grünen Biel lehnen das Erfordernis der doppelten Mehrheit bei regionalen Referenden ab. **Es soll keine Hürde eines „Gemeindemehrs“** eingeführt werden. Es soll wie auf Bundesebene das einfache Mehr der Stimmenden entscheiden.

Art. 154 Finanzhaushalt

- Die Anforderung, den Finanzhaushalt der Regionalkonferenzen nach den für die Gemeinden geltenden Bestimmungen zu führen, ist übertrieben. Angemessen wäre es, sich an den Anforderungen für Zweckverbände zu orientieren.
- Es ist auch eine **Verwaltungskontroll- / Geschäftsprüfungsstelle** zu bezeichnen.

Abschliessende Bemerkungen

Mit der vorliegenden Strategie werden wenige Impulse für die regionale Zusammenarbeit gemacht. Die Diskrepanz bei den Stimmgewichten hat überdies deutlich gemacht, dass die unterschiedliche Grösse der Gemeinden ein zentrales Problem ist. Die Grünen Biel schlagen daher vor, dass die Strategie mit Anreizen oder Mechanismen ergänzt wird, die Gemeindefusionen in den betroffenen Regionen fördern. Angesichts der Bedeutung, die den kommunalen Parlamenten aus demokratiepolitischer Sicht zukommt, **sollte jede beteiligte Gemeinde über ein Parlament verfügen.**

Neue Lösungen müssen sich an der Qualität der heutigen regionalen Kooperation messen lassen. Sollen künftig Regionalräte eingesetzt werden, dann wird aufgezeigt werden müssen, wo und wie sie einen zusätzlichen Nutzen erbringen können. Insbesondere in den Städten wird die Bevölkerung diesen Nutzen sehen müssen, wenn das Projekt in einer Volksabstimmung eine Chance haben soll. Es wird in diesem Zusammenhang auch eine Rolle spielen, ob die EinwohnerInnen der Stadt Biel bei kantonalen Projekten gleich behandelt werden wie BürgerInnen anderer Gemeinden. Eine Tendenz, wie sie sich jüngst bei „**Police Bern**“ manifestiert hat, wo die Balance zwischen Leistungen und Lasten deutlich zu Ungunsten der Städte Biel und Bern festgelegt werden sollen, würde das Projekt Regionalrat massiv gefährden. Das gleiche gilt für den **Finanz- und Lastenausgleich FILAG**. Ohne Abgeltung der Zentrumslasten der Kernstädte dürfte eine stark strukturorientierte Agglomerationsstrategie wenig Chancen haben.

Der Regierungsrat wird gebeten, die Gleichbehandlung der BürgerInnen der Kernagglomeration mit der Stadt Biel im Rahmen von SARZ zu gewährleisten und die Region Jura bernois-Biel/Bienne-Seeland zu stärken anstatt durch unlogische Strukturen und eine periphere Logik zu schwächen.

Mit freundlichen Grüssen

Für den Vorstand
Urs Scheuss